

Selbständigkeit und Vertrauen auf die eigene Kraft voranentwickeln und müsse deshalb die Fonds für die sozialistische Industrialisierung durch eigene Akkumulation bereitstellen. Da nun 80% der chinesischen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten lebten, gelte es, zunächst durch umfassende Mobilisierungen die Landwirtschaft aufzubauen, um sodann mit deren Akkumulationsergebnissen die Leichtindustrie und schließlich die Schwerindustrie zu fördern, wodurch die beiden Industrien instandgesetzt würden, der Landwirtschaft wiederum besser zu dienen (durch Insektiziden, Maschinen u.a. Produkte der Mechanisierung). Wichtigste Aufgabe der Führung sei es, die Verzahnung dieser Beziehungen zwischen Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie korrekt zu überwachen. Damit sei keineswegs gemeint, daß der Landwirtschaft und der Leichtindustrie mehr Investitionen, Einrichtungen und Materialien zugesprochen würden als der Schwerindustrie. Im Gegenteil: Im Interesse einer Ausgewogenheit der Zuteilung muß der Schwerindustrie, die so viele Zweige hat und mehr Investitionen, Einrichtungen und Materialien benötigt, "bei der Verteilung von Geldmitteln und Ausrüstungen ein größerer Anteil gewährt werden, um ihre Entwicklung zu sichern". "Das wichtigste ist, die Linie und Politik der Partei und des Staates für die ländlichen Gebiete tatkräftig durchzuführen und den sozialistischen Enthusiasmus der Bauern vollauf zur Geltung zu bringen. Steigt die landwirtschaftliche Produktion, und wachsen die kollektiven Akkumulationsfonds, so ist die Möglichkeit gegeben, die Landwirtschaft zu mechanisieren. Ein gutes Beispiel dafür ist die Brigade Tachai"

Fazit: Von den Bauern mehr "sozialistischen Enthusiasmus" (also Produktions- und Ablieferungsbereitschaft) verlangen, der Schwerindustrie aber mehr zuteilen, damit diese wiederum instandgesetzt wird, der Landwirtschaft auch materiell unter die Arme zu greifen.

(33) Nur etwas "über 700 Mio. Chinesen" und "beginnender Wohlstand"

Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua gab in ihrer französischsprachigen Ausgabe vom 20. September 1973 erstmals seit langer Zeit wieder Angaben zum Bevölkerungswachstum der Volksrepublik China bekannt. Nach diesen Angaben beläuft sich die Zahl der chinesischen Bevölkerung auf nur etwas "über 700 Millionen" - nicht, wie in westlichen Veröffentlichungen des öfteren angegeben, auf 800 Millionen - während die Wachstumsrate gegenwärtig auf 2% eingependelt ist. Die Agentur betonte ferner, daß "große Anstrengungen zur Geburtenkontrolle" durch Spätheirat und Kontrazeption bei den Han-Chinesen unternommen werden, während zugleich das Wachstum der Minoritäten in den unterbesiedelten Randregionen ermutigt werde. Abschließend wurde festgestellt, daß die Bevölkerungswachstumsrate zu keiner Zeit seit Gründung der Volksrepublik über der Wachstumsrate der Nahrungsmittelproduktion gelegen habe. Letztere weise während der letzten 10 Jah-

re einen Zuwachsdurchschnitt von 4-5% auf. Allein die Getreideproduktion habe einen Stand von 240 Mio. t im Jahre 1972 erreicht (1949: 110 Mio.). Überhaupt bezeichnet China sich seit neuerer Zeit als das erste sozialistische Land "mit beginnendem Wohlstand" (NZZ, 19.9.73), und eine Reihe wirtschaftlicher Berichte scheint dieses Bild zu bestätigen. So hat sich die Stahlproduktion 1972 auf 23 Mio. t erhöht, und auch der Maschinenbau habe sich gegenüber 1965 auf das 2,8fache gesteigert. Größte Fortschritte seien jedoch in der Agrar- und Leichtindustrie erzielt worden. So stellten die seit der Kulturrevolution besonders geförderten lokalen Kleinindustrien 1972 mehr als die Hälfte des Kunstdünger- und Zementbedarfs der Volksrepublik eigenständig her. Die Produktion in der Leichtindustrie habe den nationalen Selbstbedarf überschritten und richte sich auf Exportaufgaben aus. So werden im Raum Pekings bereits über 30.000 verschiedene Konsumgüter unrationiert angeboten (NZZ, 19.9.73). Besonders betont China die Tatsache, daß dieser Entwicklungsstand ohne die geringste ausländische Verschuldung erreicht worden sei, seit man 1965 die Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion vorzeitig abgelöst hatte.

AUSSENWIRTSCHAFT

(34) Außenhandel der VR China

Nach neueren Statistiken des japanischen Außenministeriums hat sich der Außenhandel der VR China 1972 gegenüber 1971 um 24,7% auf 5,71 Mrd. US \$ erhöht (Associated Press, 10.9.73). Während die chinesischen Exporte um 27% auf 2,93 Mrd. US \$ stiegen, war der Zuwachs der Importe mit 23% auf 2,78 Mrd. US \$ entsprechend niedriger. 77% des gesamten Außenhandels wickelte die VR China mit Staaten der westlichen Industrieländer ab, wobei Japan seine Position als größter einzelner Handelspartner beibehielt. Der beiderseitige Handel erreichte ein Volumen von 1,1 Mrd. US \$. Die BRD rangierte hinter Hong Kong und Kanada auf dem 4. Platz noch vor der Sowjetunion und Großbritannien. Dennoch müssen die Aussichten auf eine radikale Erweiterung des chinesischen Handels, gerade mit den europäischen Nationen, auch in Zukunft eher nüchtern eingeschätzt werden. Dies jedenfalls betonten französische Wirtschaftskreise im Anschluß an den Pompidou-Besuch in China.

(35) Australische Handelsausstellung in Peking

Vom 11. bis 23. Oktober 1974 soll nach Verlautbarung des australischen Außenhandels- und Industrieministers Cairns eine erste australische Handelsausstellung in der Volksrepublik China eröffnet werden. Neben chinageeigneten Exportgütern sollen vor allem technologische Ausrüstungen und agrartechnische Produkte eine Berücksichtigung finden. Vereinbart wurde diese Ausstellung in Gesprächen einer

chinesischen Handelsdelegation, die unter Leitung des Außenhandelsministers Pai Hsiang-kuo im Juli 1973 Canberra besucht hatte. Damals hatte man auch ein dreijähriges Handelsabkommen mit Meistbegünstigungsklausel abgeschlossen, in dem es vor allem um den Austausch agrarischer Rohwaren und technischen Wissens ging. Besonderes Interesse soll China an australischem Eisenerz gezeigt haben.

(36) BRD: Walzwerk noch unentschieden

Zum Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der Volksrepublik war die Vergabe zum Bau eines Walzwerkkomplexes an die japanische oder deutsche Industrie noch nicht entschieden. Vor allem die japanischen Konkurrenten Nippon Steel und Kawasaki-Stahlwerke des deutschen Verhandlungskonsortiums Demag und Schloemann Siemag GMBH hatten das Geschäft vor diesem Datum abschließen wollen. Vorausgegangen waren am 11. und 12. September psychologische "Siegesmeldungen" der japanischen Handelsorganisation Kokubosoku. Diese Meldungen, die in der deutschen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregt hatten, wurden jedoch von Vertretern des chinesischen Importkonsortiums, die in Canton mit den deutschen Firmen verhandelten, als "kapitalistische Zeitungsenten" abgetan. Wie sehr der japanischen Stahlindustrie an dem chinesischen "Prestigeobjekt" gelegen ist, geht auch daraus hervor, daß sowohl der Vizepräsident der Nippon Steel als auch der Kawasaki-Stahlwerke noch nach dem 20. September nach Peking reisten, um das japanische Angebot persönlich zu vertreten. Die deutsche Seite ist bisher darum bemüht, ihr Angebot vom 1,2 - 1,3 Mrd. DM, das nicht unwesentlich über dem japanischen liegt, durch technische Vergünstigungen auszugleichen. Der gesamte vorgesehene Walzwerkkomplex ist für China insofern von großer Bedeutung, als er mit einer Jahreskapazität von 3 Mio. t Warmband und 1 Mio. t Kaltband die chinesische Stahlproduktion von 23 Mio. t Rohstahl und 15 Mio. t Walzstahl um ca. 20% steigern könnte. Jedoch unabhängig davon, wem China den Zuschlag gewähren wird, sieht das deutsche Konsortium nicht pessimistisch in die Zukunft der China-Projekte; denn die Volksrepublik trägt sich mit der Absicht, ein zweites Walzwerk zu bauen, und außenpolitische Gründe machen es unwahrscheinlich, daß ein solcher Auftrag ebenfalls an Japan vergeben würde.

(37) Japan und China erreichen grundsätzliche Einigung über Handelsabkommen

Japan und China haben am 31.8. grundsätzliche Einigung über den Abschluß eines Handelsabkommens erzielt, für das die Besprechungen bereits seit dem 17. Oktober 1972 in Tokyo gelaufen waren. Nähere Einzelheiten wurden nicht bekannt. Alle Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß das Abkommen im September paraphiert und noch vor Ende des Jahres formell unterzeichnet wird. Japans Außenminister Ohira und Außenhandelsminister Nakasone wollen aus Anlaß der Unterzeichnung dieses ersten amtlichen Handelsabkommens nach China reisen. Das Abkommen zwischen den

beiden Regierungen wird das bisher geltende private "Memorandum Trade"-Abkommen ablösen. Es stellt das erste praktische Abkommen zwischen beiden Regierungen seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Dezember vergangenen Jahres dar. Möglicherweise wird in seinem Rahmen auch die immer noch schwierige Frage der Zivilluftfahrt, u.a. die Ausdehnung des japanischen Streckennetzes nach China, gelöst. Über den Inhalt des Abkommensentwurfes wurde offiziell nichts mitgeteilt; dem Vernehmen nach besteht er jedoch aus 10 Artikeln. In der Präambel ist das Prinzip der Gegenseitigkeit und Gleichheit hervorgehoben. Auch die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel ist vorgesehen. Weiter ist die Einsetzung einer gemischten Kommission geplant, die einmal jährlich im jeweils anderen Land zusammenkommen soll, um bilaterale Handelsabkommen zu erörtern. Die Laufzeit des Abkommens soll 3 Jahre betragen (Jiji Press, 30.8.73).

(38) Chinesisch-japanische Wirtschaftsgespräche

Die chinesisch-japanischen Wirtschafts- und Handelsgespräche haben sich auch im Monat September intensiviert. So traf am 27. August 1973 eine fünfzehnköpfige Delegation der japanisch-chinesischen Gesellschaft für Landwirtschaftlichen Austausch in Peking ein, wo sie mit entsprechenden chinesischen Stellen Kontakte aufnahm (NCNA, 28.8.73). Am 3. September folgte ihr eine Delegation japanischer Wirtschaftskreise unter Leitung von Kogoro Uemura. Im Verlaufe ihres viertägigen Besuches wurde die Delegation u.a. auch von Ministerpräsident Chou En-lai und Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo empfangen. Über den Inhalt der Gespräche verlautete nur, daß man "einen Gedankenaustausch über die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern vornahm" (NCNA, 7.9.73).

Dieser Gedankenaustausch setzte sich nur wenige Tage später in Japan fort, als dort eine 33köpfige chinesische Wirtschafts- und Handelsdelegation unter Leitung von Liu Hsi-wen eintraf (NCNA, 11.9.73). Interessant im Zusammenhang mit einer allgemeinen Verbesserung des politischen Klimas zwischen beiden Nationen ist auch die Tatsache, daß am 10. September erstmals seit 1948 ein ausländisches Kreuzfahrtschiff mit 480 japanischen Touristen an Bord in China (Tientsin) anlegte.

(39) Halbzeit beim Bau der Tansam-Eisenbahn

In Ergänzung zu C.a. 73/9 - Ü 77 hier noch einige Anmerkungen:

Die Zahl der aus China in Tansania eingesetzten Arbeitskräfte wird heute auf etwa 35.000 geschätzt. Ohne Zollformalitäten können sie Arbeitsmaterial und Ersatzteile einführen und die Streckenplanung auch ohne Beachtung örtlicher Bauvorschriften und ohne bürokratische Formalien kurzfristig ändern. Die Arbeiter wohnen in umzäunten provisorischen Hütten und führen ein sehr zurückgezogenes Leben. Außerhalb des Lagers dürfen sich nur Ärzte und Funktionäre frei bewegen. Sowohl am Abend als auch am Morgen finden Unterrichtsstunden unter Lei-

tung von Politoffizieren statt.

Die afrikanische Bevölkerung steht den chinesischen Arbeitern teils mit unumschränkter Bewunderung gegenüber (das Arbeitspensum, das die Chinesen bei drückender Hitze in 24-Stunden-Schichten leisten, galt bisher in Afrika als unvollbringbar), teils aber auch mit Mißtrauen, das zurückzuführen ist einerseits auf die Kommunikationsschwierigkeiten und die fast perfekte Isolation der Arbeiter, zum anderen aber auch darauf, daß man nicht verstehen kann, warum die Chinesen alles selber machen wollen und afrikanische Arbeitskräfte nur höchst ungern einsetzen (NZZ, 2.9.1973).

Die Investitionskosten, die von China für das Bahnprojekt aufgebracht werden, belaufen sich auf etwa 1,2 Mrd. DM, sind zinsfrei und müssen erst von 1983 an in einem Zeitraum von 30 Jahren zurückgezahlt werden. Die Geldsumme ist freilich nicht ein reines Geschenk, sondern wird im Wege eines gesteigerten Handelsaustausches gemeinsam erarbeitet. Nach den Abmachungen hat nämlich Tansania innerhalb eines Zeitraumes von 6 Jahren, gerechnet vom Baubeginn 1969 an, chinesische Waren im Werte von rd. 100 Mio. DM in der VR China einzukaufen und damit wenigstens die an Ort und Stelle entstehenden Aufwendungen für die Bezahlung der chinesischen und der lokalen Arbeitskräfte abzudecken. Chinas Importe nach Tansania hatten 1971 bereits einen Wert von 601 Mio sh (Großbritannien 487 Mio) und im Jahre 1972 von 507 Mio. sh (406 Mio.). Damit ist der traditionelle Hauptimporteur Großbritannien bereits überrundet. Ganz unproblematisch ist diese Großabnahme chinesischer Waren durch Tansania freilich nicht; denn oft ist China nicht in der Lage, den Tansanern attraktive Angebote zu machen, die vor allem mit der Qualität westlicher Waren Schritt halten können. Zum anderen taucht bisweilen die Befürchtung auf, daß Tansania in handelsvertragliche Abhängigkeit zu China geraten könnte. Da die VR China freilich in Tansania eine Art chinesisches Schaufenster für Afrika aufbauen möchte, wird es sich hüten, irgendwelche Aktivitäten zu zeigen, die an Traumata der kolonialen Vergangenheit Afrikas erinnern könnten.

Worum es den Chinesen letzten Endes geht, ist Gewinnung eines politischen Brückenkopfes an der ostafrikanischen Küste, wie ihn bereits auch andere Mächte besitzen (die Sowjetrussen in Somalia, die Amerikaner in Äthiopien, die Franzosen in Djibuti, auf den Komoren und auf Reunion, die Engländer durch das Simonstown-Abkommen mit Südafrika und die Portugiesen in Mozambique).

Peking wird für die "große Uhuru-Eisenbahn" (Uhuru = Freiheit) auch 102 Diesellokomotiven und mehr als 2.000 Eisenbahnwaggons liefern.

Für Tansania werden dabei wirtschaftlich interessante Agrarregionen des Hinterlandes sowie einige Eisenerz- und Kohlevorkommen eröffnet, für Zambia eine Kupfertransportmöglichkeit (dieses Land produziert jährlich 670.000 t Kupfer, die dem Land etwa 95% der Devisen bringen).

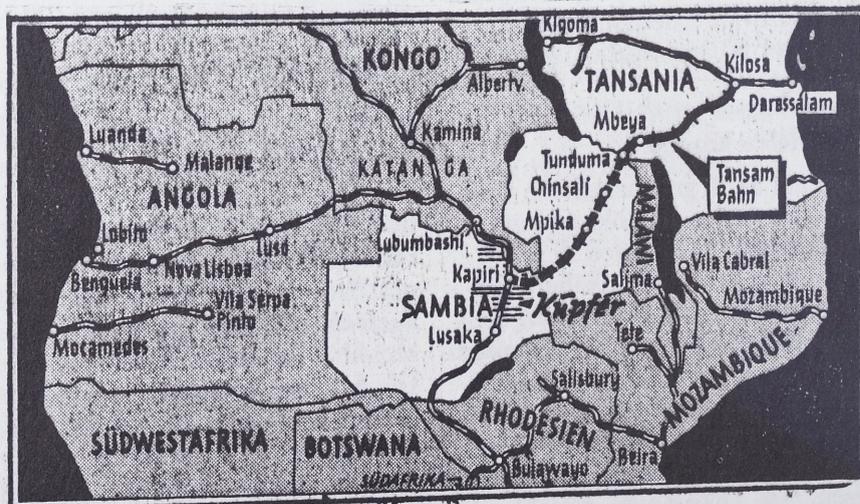
(40) Chinesisches Schiff bringt Hilfsgüter für den Vietkong

Erstmals legte am 1. September im Vietkong-Hafen Dong Ha in der südvietnamesischen Provinz Quang Tri ein chinesisches Frachtschiff mit einer Ladung an, die für Gebiete unter der Kontrolle des Vietkong bestimmt ist.

Die südvietnamesischen Behörden reichten daraufhin bei der Internationalen Kontrollkommission für die Überwachung des Waffenstillstandes in Vietnam Klage ein und forderten diese auf, eine Untersuchung über die Anwesenheit des chinesischen Schiffes einzuleiten, das - laut Saigon - dem Vietkong Waffen und Munition bringe. Ein Sprecher der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams (Vietkong) erklärte andererseits vor der Zweier-Militärkommission, der Vietkong sei berechtigt, wirtschaftliche und technische Hilfe zu erhalten, um die Lebensbedingungen in seinen Gebieten zu verbessern und die Wirtschaft wiederaufbauen und entwickeln zu können (NZZ, 6.9. und 11.9.1973).

(41) Neue Abwertung des chinesischen Yuan

Am 18. September 1973 legte die Bank von China den Wechselkurs des chinesischen Yuan (Jen-min-



pi) gegenüber der D-Mark neu fest. Bereits kurz zuvor, am 24. August 1973, war eine erste Abwertung erfolgt auf DM 100,- = 78,45 Yuan. Die jetzige Abwertung auf DM 100,- = 79,23 Yuan macht gegenüber der vom 21. August 1,009% aus.

TAIWAN

(42) US-Truppenabzug aus Thailand und Taiwan

Das militärische Desengagement der USA in Südostasien seit Ende des Vietnamkrieges schreitet weiter voran. So hat sich in Thailand ein beschränkter Abzug amerikanischer Luftwaffeneinheiten bereits vollzogen, und als Ziel laufender Verhandlungen wird eine Reduzierung der amerikanischen Gesamtpräsenz auf 30.000 Mann genannt (NZZ, 7.9.73).

Parallel zu Thailand verringerten die USA auch auf Taiwan ihre militärische Anwesenheit. Nach dem Abzug eines Transportgeschwaders bleibt lediglich ein Restkontingent von 2 Jagdbomberstaffeln und Beraterpersonal. Das amerikanische Desengagement ist durchaus im Zusammenhang mit der China-Politik der USA zu sehen. Chinas Einfluß in Südostasien ist seit dem Ende des Vietnamkrieges und seit seinem Ausbruch aus der weltpolitischen Isolation ständig gewachsen. So wurden die Abzugsverhandlungen in Thailand nicht zuletzt durch Beobachtungen einflußreicher politischer Kräfte in der Thai-Regierung beschleunigt, daß Thailand "seine Außenpolitik zu einseitig auf Amerika ausgerichtet" habe. Ein Sprecher dieser Kräfte ist der frühere Außenminister Thanat Khoman. Der Einfluß kritischer Stimmen wurde zusätzlich durch eine Rede des US-Senators Goldwater erhöht, der eine Bombardierung kommunistischer Guerillas in Thailand durch die US-Luftwaffe für eventuell notwendig erklärte. Die offizielle Linie der Thai-Regierung ist jetzt darauf ausgerichtet, eine geringere Truppenpräsenz durch erhöhte amerikanische Waffenhilfe auszugleichen, die sich ohnehin schon auf 200 Mio. US \$ jährlich beläuft. Der Abbau aller amerikanischen Kampfeinheiten auf Taiwan läßt sich auf das Nixon-Chou-Kommuniqué von Shanghai im Februar 1972 zurückführen sowie auf die Verhandlungen um das Pekinger Liaison-Büro in Washington.

Am 2. September gab ein Sprecher der amerikanischen Luftwaffe bekannt, daß man damit begonnen habe, das bisher auf Taiwan stationierte 374. taktische Transportgeschwader vollständig abzuziehen. Mit der Rückführung von 3.200 Mann wird sich die Zahl der US-Streitkräfte auf der Insel um etwa ein Drittel verringern. Es verbleiben aber noch etwa 6.000 Mann Militärpersonal auf der Insel einschließlich zweier Jagdfliegergeschwader.

Von amerikanischer Seite wurde betont, daß der amerikanisch-taiwanische Verteidigungspakt von 1954 durch diesen Rückzug nicht berührt werde. Mit der eingeleiteten Teilrückführung dürfte jedoch ein Versprechen eingehalten worden sein, das Präsident Nixon anlässlich seines Peking-Besuches im Februar 1972 der

chinesischen Führung abgegeben hat (IHT, 3.9.73).

(43) Chiang Ching-kuos Reformprogramm

Seit seiner taktischen Machtübernahme als erster Mann Taiwans am 1. Juni 1972 hat der 63jährige Premier Chiang Ching-kuo seine Politik der "Neuen Ordnung" konsequent fortgesetzt. Offensichtlich soll der internationale Geltungsverlust der Nationalistischen Regierung durch ein neues inneres Arrangement mit der einheimischen taiwanesischen Bevölkerung und ihren Führern teilweise ausgeglichen werden. Einer der entscheidenden Widersprüche seit 1949 war es gewesen, daß die taiwanesischen Bevölkerungsmehrheit sich von der Regierung des Landes ausgeschlossen fühlte und die Arroganz der "Festlandsbürokratie" als Belastung empfand. Drei Reformprogramme Chiang Ching-kuos sollen den alten Bruch kitten helfen und die Taiwanesen zu notwendigen Verbündeten der Festlandsminderheiten machen. Zum einen handelt es sich um eine Antikorruptionskampagne innerhalb der Staatsverwaltung, der zu Beginn dieses Jahres sogar ein so prominenter Politiker wie das Kabinettsmitglied Wang Chen-yi - mit der Familie Chiang durch Heirat verschwägert - zum Opfer fiel. Wichtiger noch scheint der Versuch zu sein, den Lebensstandard der taiwanesischen Landbevölkerung entscheidend zu heben. Hierfür stellte die Regierung in einem neuen zweijährigen agrarischen Investitionsprogramm allein 102 Mio. US \$ zur Verfügung. Als letzter Punkt erfolgte die größere Öffnung der politischen Sphäre für Taiwanesen und der Abbau des festländischen Administrationsmonopols. So sind allein drei von dreizehn neu ernannten Ministern der Regierung Chiang Ching-kuo einheimische Taiwanesen, desgleichen der Gouverneur von Taiwan und der Bürgermeister von Taipei. Von den im letzten Jahre neu gewählten 89 Mitgliedern der Nationalversammlung und des Legislativ-Yüan sind 79 Taiwanesen. Selbst das taiwanesischen Fernsehen bringt neuerdings wichtige Nachrichten zweisprachig - hochchinesisch und taiwanesisch. Ob die neuen Maßnahmen ausreichend sein werden, um das langjährige Mißtrauen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen abzubauen, bleibt abzuwarten.

(44) Vergessene Russen in Taiwan

Ein Bericht des Christian Science Monitor vom 21. September 1973 erinnert an das Schicksal sieben russischer Seeleute, die seit 1954 in Hsin-chu, Taiwan, als "Zwangsgäste" der Nationalistischen Regierung leben. Damals, während der Hochphase des Kalten Krieges, war der sowjetische Tanker Tuapse - auf dem Wege nach Shanghai - von der Nationalistischen Marine eingebracht worden, und 20 der 49 Mann Besatzung entschieden sich gegen eine Rückkehr in die Sowjetunion. Im Laufe der folgenden Jahre kehrte jedoch die Mehrheit derjenigen, die von den USA oder lateinamerikanischen Ländern aufgenommen worden waren, aus verschiedensten Gründen wieder in die Sowjetunion zurück. Die USA verweigerten daraufhin den letzten 7 Seeleuten die Einwanderung, und seither bevorzugten sowohl Washington als auch Taipei